FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 2 / Juni 2016
15. Jahrgang

Die Stühle der Atomwaffenstaaten blieben leer *[Foto: UN Photo / Violaine Martin]*

Bald Verhandlungen für ein Atomwaffenverbot?

Bericht von der "Open-Ended Working Group" (OEWG) in Genf

Von der Presse weitgehend ignoriert, diskutierten UN-Mitgliedstaaten im Mai in Genf über juristische Maßnahmen, um Atomwaffen weltweit abzuschaffen. Nichtregierungsorganisationen durften nicht nur an der OEWG teilnehmen, sondern sich auch aktiv an der Diskussion beteiligen. Zur Eröffnung am 2. Mai veröffentlichten vier internationale Organisationen (IPPNW, Weltärztebund, Internationaler Dachverband für Gesellschaften des öffentlichen Gesundheitswesens und International Rat der Pflegeberufe) ein Papier mit medizinischen und wissenschaftlichen Fakten zu den Folgen eines Atomwaffeneinsatzes. Fazit: Angesichts der existentiellen Gefahr sei die Ächtung die einzige mögliche Handlungsoption. Auch der Bürgermeister Matsui aus Hiroshima sprach als Vertreter der Mayors for Peace. Er mahnte eine Nuklearwaffenkonvention an. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) forderte den Beginn von Verhandlungen für einen Verbotsvertrag.

Klammern am nuklearen Schutzschirm

Die OEWG ist offen für alle UN-Mitgliedsstaaten. Aber alle neun Atomwaffenstaaten weigern sich teilzunehmen. Staaten, die unter dem „nuklearen Schirm" versammelt sind, nahmen zwar teil, aber argumentierten gegen ein Atomwaffenverbot. Sie bezeichneten es als verfrüht und äußerten die Befürchtung, ein neuer Vertrag würde vom Atomwaffensperrvertrag ablenken. Der deutsche Botschafter Michael Biontino erklärte, angesichts der derzeitigen Sicherheitslage bräuchte Deutschland den atomaren Schirm zum Schutz vor der russischen Bedrohung.

Die Mehrheit der Staaten will ein Atomwaffenverbot

Während der OEWG sprachen sich 125 Staaten für eine „Schließung der Rechtslücke" aus, d.h. für eine explizite Ächtung der Atomwaffen. Neun Staaten (Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Sambia) forderten, die UN sollten bereits 2017 eine Verhandlungskonferenz für einen Verbotsvertrag abhalten. Fünf pazifische Inselstaaten erläuterten in ihrem Papier mögliche Elemente eines Verbotsvertrags.

Was wird der UN-Vollversammlung empfohlen?

Nun stellt sich die Frage, wie der Botschafter Thani Thongphakdi aus Thailand, der den Konferenzvorsitz innehat, die Unterstützung für einen Verbotsvertrag im OEWG-Abschlussbericht wiedergeben wird und was er der UN-Vollversammlung empfiehlt. Denn die Teilnehmerstaaten sind gespalten und die verschiedenen Meinungen zur Legitimität der Atomwaffen sind unvereinbar. Im August treffen sich die Staaten wieder, um den Abschlussbericht zu verabschieden. Wenn es keinen Konsens gibt, was zu erwarten ist, könnte abgestimmt werden. Dann würde das Mehrheitsvotum zählen und die Atomwaffenstaaten könnten überstimmt werden.

[Xanthe Hall]
gekürzte und redigierte Fassung eines Berichts für das IPPNW-Forum (wsh)

In diesem Heft

Hiroshima **Seite 3**
Ein historischer Besuch, aber der US-Präsident kommt mit leeren Händen [Foto: White House]

Mutlangen **Seiten 2 und 11**
Eine Ära geht zu Ende: Bürgermeister Seyfried ging in den Ruhestand [Foto: Pressehütte]

Büchel **Seite 3–4**
Die Bundesregierung hält an den Atomwaffen fest [Foto: Aktionspräsenz]

Die Justiz verfolgt Flugblattverteiler und einen Internetseitenbetreiber **Im Blick Seiten 5–8**

Die Kampagne mach Druck:
Halbzeit bei der Aktionspräsenz
Seiten 9 und 10

Pressehütte

Editorial

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
die Veränderungen, die wir im letzten FreiRaum für Mutlangen angekündigt haben, sind inzwischen Wirklichkeit geworden. In die Pressehütte sind Flüchtlinge eingezogen. Es sind drei junge Paare aus Afghanistan. Die ersten Kontakte entstehen. Wir danken allen, die durch Ihre Spende zum Umbau der Pressehütte beigetragen haben. Im nächsten FreiRaum werden wir mehr berichten.

Mutlangen hat eine neue Bürgermeisterin. Stephanie Benz, die bisherige Hauptamtsleiterin wurde mit über 70% der Stimmen als Nachfolgerin von Peter Seyfried gewählt. Ihr wünsche ich alles Gute für ihr neues Amt. Beide werden während dieser FreiRaum im Druck ist in die Pressehütte kommen, um unsere neuen Bewohner offiziell zu begrüßen.

In Büchel hat die 20-wöchige Aktionspräsenz begonnen. In der Pressehütte kommen regelmäßig Briefe mit Selbstverpflichtungen und Solidaritätserklärungen an. Ist Ihrer auch schon dabei gewesen?

Ebenfalls während dieser FreiRaum im Druck ist, wird eine Gruppe- organisiert von Silvia Bopp - nach Büchel fahren. Ich stecke mitten in den Vorbereitungen für den Flaggentag der Mayors for Peace Anfang Juli und das Workcamp und die Fastenaktion Ende Juli und bis 10. August. Wir freuen uns über weitere Anmeldungen und Sponsoren (siehe Rückseite).

Ich bitte Sie, sprechen Sie Ihren Bürgermeister an, dass er beim Flaggentag am 8. Juli mit macht und auch, dass er oder sie im September zur Versammlung der deutschen Mayors for Peace fährt. Es ist meine Erfahrung, dass es wichtig ist, die Bürgermeister anzusprechen und zu bitten aktiv zu werden.

Büchel ist überall heißt, dass wir zu Hause für die nukleare Abrüstung aktiv sind. Der Flaggentag ist die nächste gute Gelegenheit. Und ich hoffe, viele von uns treffen sich in Büchel, für Aktionen am Atomwaffenstandort.

Mit herzlichen Grüßen

Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

Ein herzliches ‚Ade' für Bürgermeister Seyfried, ein herzliches Willkommen für Dekanin Richter *Foto: Pressehütte*

Post aus Hiroshima und Post an den Außenminister

Bei der Mitgliederversammlung der Friedenswerkstatt Mutlangen am 9. März verabschiedete sich Bürgermeister Peter Seyfried und Dekanin Ursula Richter besuchte in ihrem Amt das erste Mal die Pressehütte. Gemeinsam unterzeichneten sie einen Brief an Außenminister Frank-Walter Steinmeier.

Formal fing die Mitgliederversammlung an, Kassenbericht und Vorstandswahl. Die Vorstandsmitglieder Wolfgang Schlupp-Hauck, Uwe Glund, Volker Nick und Lotte Rodi wurden in ihren Ämtern bestätigt. Doch dann folgte der persönliche Teil. Der alte und neue Vorsitzende der Friedenswerkstatt, Wolfgang Schlupp-Hauck, dankte Bürgermeister Seyfried für sein Engagement bei den Mayors for Peace. Schlupp-Hauck überreichte einen Ginkgo-Setzling. Er stammt von einem Baum, der den Atombombenabwurf auf Hiroshima überlebt hat. Zusammen mit diesem Friedenssymbol übergab er dem Bürgermeister auch ein Dankesschreiben des Bürgermeisters aus Hiroshima, Matsui. Seit 2004 ist Bürgermeister Seyfried bei den Mayors for Peace aktiv, warb Mitglieder und unterzeichnete Appelle an Politiker. So auch wieder bei der Mitgliederversammlung.

Der ehemaligen Bürgermeister aus Hiroshima Akiba hatte in Mutlangen angefragt, ein Anliegen aus Japan zu unterstützen: Am 10. und 11. April findet in Hiroshima das Frühjahrestreffen der G7-Außenminister statt. Das Treffen an diesem historischen Ort sollte die Bedeutung der nuklearen Abrüstung betonen und einen Anstoß für neue Bemühungen um nukleare Abrüstung geben.

In der Pressehütte wurde ein Schreiben an den deutschen Außenminister entworfen, unterzeichnet und zur Post gegeben, in dem er gebeten wird sich dafür einzusetzen, dass in der Abschlusserklärung ein Bekenntnis zur nuklearen Abrüstung und Abschaffung aller Atomwaffen abgegeben wird.

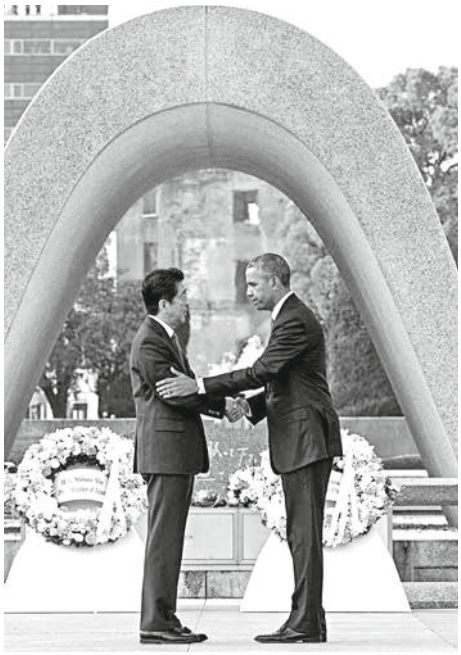
Bürgermeister Seyfried betonte: „Ich werde den Mayors for Peace auch in meinem Ruhestand verbunden bleiben und sie aktiv unterstützen."

Dekanin Richter berichtete, wie sie als junge Vikarin in den 80er Jahren auf Anregung von Dekan Frank das erste Mal in der Pressehütte gewesen sei. Das sei für sie Anstoß zum Friedensengagement geworden. Sie habe später als Pfarrerin in Aalen zur Demonstration gegen den Irakkrieg aufgerufen. Ihr sei an einer guten Zusammenarbeit mit der Pressehütte gelegen.

Wolfgang Schlupp-Hauck stellte die Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt" vor. Die Pressehütte plant, sich in der Pfingstwoche an der 20 wöchigen Aktionspräsenz zu beteiligen. Außerdem unterstützt sie im Sommer ein internationales Workcamp zur Fastenkampagne. In diesem Rahmen werden alle Botschaften der Atomwaffenmächte in Berlin aufgesucht.

Silvia Bopp informierte über die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr". Ein Schwerpunkt dabei ist, dass die Bundeswehr verstärkt junge Menschen anwirbt, die noch nicht volljährig sind. Die Kampagne brandmarkt dies als einen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Silvia Bopp wies auch darauf hin, dass die Pressehütte sich an den Friedensgesprächen in Königsbronn beteiligen wird. Dort gibt es am 5. April Workshops zu verschiedenen Friedensthemen in der Hammerschiede.

Volker Nick berichtete, dass der Einzug der Flüchtlinge in die Pressehütte unmittelbar bevorstehe. Die Räume sind gerichtet. Die Vereine werden nur im Erdgeschoss zwei Räume als Büro behalten. Die Pressehütte helfe so persönlich einzelnen Menschen, mit ihrer politischen Arbeit gegen Krieg und Gewalt arbeite sie gegen die Fluchtursachen. [wsh]



Der US-Präsident und der japanische Premierminister gedenken in Hiroshima der Opfer des Atombombenabwurfs [Foto: White House]

Große Geste – aber leere Hände

Auf unseren Brief ans Auswärtige Amt, haben wir eine freundliche Antwort erhalten. Es wurde uns versichert, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzte, dass die Notwendigkeit nuklearer Abrüstung in der Abschlusserklärung des G7 – Außenministertreffens hervorgehoben wird. Dies wurde auch getan, aber ein Bezug zur Open Ended Working Group oder andere konkrete Schritte fehlen. Mit Spannung haben wir dann erwartet, was US-Präsident Obama in Japan tun und sagen wird.

In Prag hat er verkündet, den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt zu beschreiten. Das war ein wichtiger Grund ihm den Friedensnobelpreis zu verleihen. Jetzt bei seiner vierten Japanvisite hat er als erster US-Präsident Hiroshima besucht. Seine Rede im Friedenspark und die Umarmung eines Hibakusha waren wichtige Worte und eine versöhnende Geste. Aber er kam mit leeren Händen.

Die Zahl der nuklearen Sprengköpfe ist zwischen dem Beginn von Obamas Amtszeit 2009 und 2015 weltweit zwar von 23.300 auf 15.850 gesunken - zu Zeiten des Kalten Krieges waren es noch rund 70.000.

Gleichzeitig investieren die USA aber massiv in die qualitative Aufrüstung von Atomwaffen. Nach Recherchen des Stockholmer Friedensinstitutes SIPRI rund 348 Milliarden US-Dollar. Obama konnte nicht erklären, dass die USA Verhandlungen über eine Welt ohne Atomwaffen beginnen. Nein sie boykottieren die Open Ended Working Group.

Druck machen – es selbst in die Hand nehmen! Wir müssen die Staaten mit Aktionen zum Verhandlungstisch drängen. Noch zu unseren Lebzeiten [wsh]

Deutschland bleibt völkerrechtswidrig als potentielle ‚Atomwaffenmacht' in die Konflikte der Großmächte eingebunden

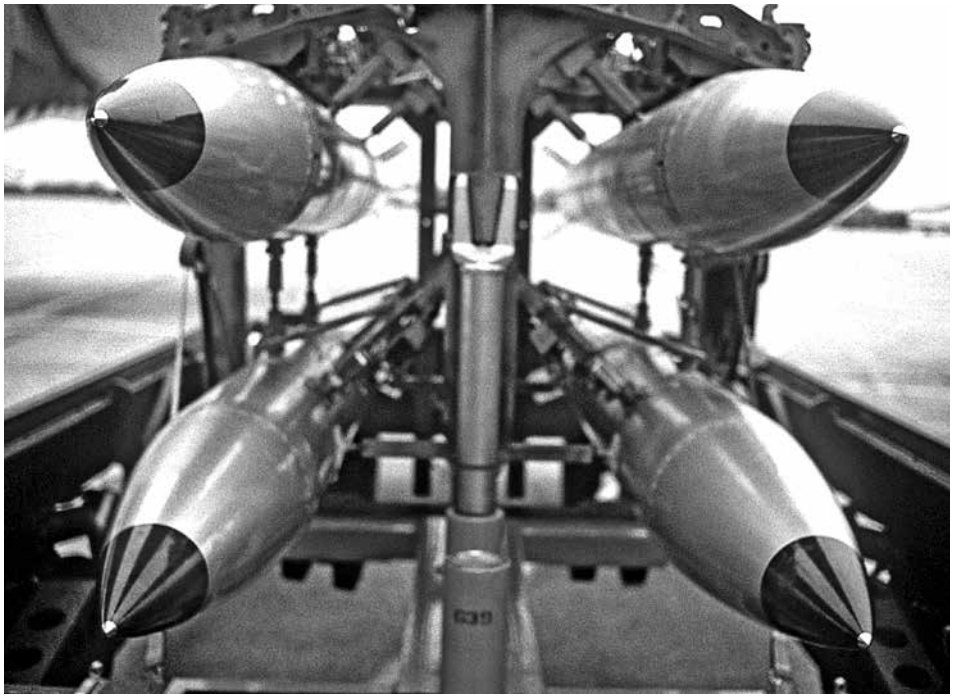
Die große Chance für Europa, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation 1989/90 im Rahmen der Entspannung und Abrüstung eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsstruktur zu schaffen, ergriffen 1989 die Vertreter der 34 KSZE-Teilnehmerstaaten (32 europäische Staaten einschließlich der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken sowie USA und Kanada) mit den Pariser Verhandlungen. In einem ersten Schritt verabschiedeten sie am 21. November 1990 mit der „Charta von Paris" zehn Prinzipien betreffend die Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Freiheit und Verantwortung, freundschaftliche Beziehungen und Sicherheit. In der Präambel riefen sie ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit" aus:

„Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden."

Der vorgesehene weitere Aufbau einer europäischen Sicherheitsstruktur scheiterte vor allem am Vorgehen der US-Regierung. Zwar hatte der US-amerikanische Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 gegenüber seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse und dem sowjetischen Präsidenten Michail Sergejewitsch Gorbatschow von „eisenharten Garantien" dafür gesprochen, dass die NATO nicht nach Osten verschoben werde, wenn Moskau mit der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland einverstanden sei. Jedoch nutzte die US-Regierung die zeitweilige Schwäche Russlands und fühlte sich spätestens ab 1993 nicht mehr an das Versprechen gebunden. Auf dem NATO-Gipfel im Madrid 1997 wurden den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes Polen, Tschechien und Ungarn erstmals Beitrittsverhandlungen angeboten, später auch weiteren osteuropäischen Staaten. Polen, Tschechien und Ungarn traten 1999 der NATO bei, weitere frühere Ostblockstaaten folgten. Die Proteste der russischen Regierung verhallten.

2001 kündigte die Bush-Regierung der USA den ABM-Vertrag gegenüber Russland einseitig und begann mit der Entwicklung von (Atom)- Raketenabwehrsystemen, die vor allem in Ost-Europa stationiert werden sollten. Auf dem Nato-Gipfel in Lissabon im November 2010 wurde beschlossen, das ursprünglich für den Schutz von Streitkräften im Einsatz seit 2005 aufgebaute «Active Layered Theatre Ballistic Missiles Defense»-Programm so auszubauen, dass das gesamte Gebiet der europäischen Nato-Staaten und auch die USA gegen ballistische Raketen «geschützt» werden könnte. In Russland stieß das Raketenabwehrsystem auf massive Vorbehalte. Es wird als objektive Bedrohung der eigenen strategischen Interkontinental-Atomraketen angesehen und als Versuch der USA, sich militärisch unverwundbar zu machen. Russland drohte der →

Guido Westerwelle (* 27. 12. 1961 † 18. 3. 2016) war von 2009 bis 2013 Außenminister im zweiten Kabinett von Angela Merkel und von 2001 bis 2011 Bundesvorsitzender der FDP. Er starb im Alter von 54 Jahren an den Folgen einer Leukämie-Erkrankung in Köln. Als Außenminister setzte er sich für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland ein. Die Bundeskanzlerin unterstützte ihn hierbei nicht. [Foto: Tim Reckmann]



In Büchel lagern noch immer Atomwaffen. Die B61-Bomben sollen durch technisch aufgerüstete B61-12 ersetzt werden *[Foto: US-Airforce]*

→ NATO mit militärischen Gegenschlägen im Konfliktfall und mit der Atomraketen-Aufrüstung. Angebote der russischen Regierung, zum Schutz gegen etwaige iranische Raketenangriffe ein gemeinsames Raketenabwehrsystem zu installieren, lehnten die USA ab. Die deutsche Bundesregierung rechtfertigte das im Widerspruch zur Abrüstungsverpflichtung des Artikel 6 NPT stehende Raketenabwehrsystem der NATO mit dem diffusen Hinweis auf 20 Staaten, die durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägermitteln eine Angriffsfähigkeit besäßen.

In Fortführung dieser konfrontativen Militärstrategie hintertrieb die Bundeskanzlerin sowohl den Beschluss im Koalitionsvertrag ihrer „schwarz-gelben" Regierung aus dem Jahre 2009, sich „im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einzusetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden" als auch den Beschluss des Deutschen Bundestags, der 2010 mit parteiübergreifender Mehrheit die Bundesregierung aufgefordert hatte, sich „im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen". Die US-Regierung sah keine Veranlassung, die in Europa und in der Türkei stationierten US-amerikanischen Atomraketen abzuziehen und beschloss stattdessen 2010 im Rahmen eines 348 Milliarden Dollar teuren Aufrüstungsprogramms, die stationierten ballistischen B 61-Fliegerbomben zu modernisieren, sie mit variabler Sprengkraft und lenkbaren Leitwerken zu versehen und ihre Einsatzfähigkeit so erheblich zu erweitern. Der Einsatz dieser etwa 180 Atomwaffen soll wie zuvor im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe" durch die Nicht-Atomwaffenstaaten Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien, und Türkei erfolgen, im Falle Deutschlands mit Tornado-Kampflugzeugen des Jagdgeschwaders 33 der Bundeswehr, das in Büchel stationiert ist. Die beteiligten Regierungen negieren den in der „Nuklearen Teilhabe" liegenden und von vielen Nicht-Atomwaffenstaaten gerügten klaren Völkerrechtsverstoß gegen Artikel 1 und 2 Nichtverbreitungsvertrag (NPT). Deutschland setzt sich damit zudem in Widerspruch zu der Atomwaffen-Verzichtserklärung im 2+4-Vertrag.

Die von der US-Regierung forcierte Ukraine-Krise ist ein weiterer Beleg für die Abkehr von dem „Geist der Charta" von Paris. Von Achtung und Zusammenarbeit ist wenig zu spüren. Auch geriet das Völkerrecht aus dem Blick und die „normative Kraft des Faktischen" beherrschte das Geschehen. Der unverhohlene Völkerrechtsbruch der Annektierung der Krim und Russlands Unterstützung der pro-russischen Separatisten in der Ost-Ukraine führten zum Einfrieren des NATO-Russland-Rates und zum vorläufigen Ende der wechselseitigen Konsultationen und Information. Atomwaffen werden wieder als militärische Option genannt. Ein Jahr nach der Annektierung der Krim erklärte der russische Präsident Putin in einem Interview, Russland sei bereit gewesen, in der Krise Atomwaffen in Alarmbereitschaft zu versetzen. Die USA verlegen schweres Militärgerät in osteuropäische NATO-Staaten. Militärübungen beider Seiten in grenznahen Gebieten mit Grenzverletzungen und gefährlichen Zwischenfällen bis zu Scheinangriffen lassen ein Klima der Verunsicherung und des Misstrauens entstehen. Auf ein Konzept der ausschließlich politischen Konfliktschlichtung können sich derzeit die in der Ost-Europa-Strategie uneinigen NATO-Staaten nicht verständigen.

Aktuell wird an der Eskalations-Schraube weiter gedreht: Ausweislich von Pressemeldungen haben im Oktober 2015 am Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel Kampfflugzeuge der Staaten Deutschland, Polen, Griechenland, Tschechien und der USA im Rahmen der NATO-Übung „Steadfast Noon" ungeachtet des völkerrechtlichen Verbots den Einsatz der dort stationierten B61-Atomwaffen geübt. Bereits im März 2015 hatte Russland Dänemark für den Fall des Beitritts Dänemarks zum geplanten NATO-Raketenabwehrschirm mit dem Einsatz russischer Atomraketen gedroht. Diese Wiederbelebung der atomaren Abschreckungsstrategie wirft Europas Sicherheitspolitik Jahrzehnte zurück. Politiker missachten, dass auch die drastische Reduzierung von Atomwaffen die Verpflichtung zur atomaren Abrüstung nach Artikel 6 NPT nicht erfüllt, wenn gleichzeitig die verbleibenden Atomwaffen modernisiert und einsatzfähiger gemacht werden.

Wir wissen, dass die Abschreckung mit der gegenseitigen Vernichtung denknotwendig nicht funktionieren kann. Sie setzt das Idealbild eines rational kalkulierenden Gegners voraus, der auf der Basis der aktuell verfügbaren Informationen ausschließlich rationale Entscheidungen trifft. Irrationale Gegner sind ebenso abschreckungsresistent wie terroristische Gruppen und Selbstmordattentäter. Hinzu kommt, dass technische Pannen des atomaren Abschreckungssystems nicht völlig auszuschließen sind. Im „Kalten Krieg" sind zumindest 20 kritische Situationen bekannt geworden, in denen die Welt am Rande des nuklearen Infernos stand. Deutschland war lange genug das Schlachtfeld eines potentiellen Atomkrieges zwischen den Blöcken des „Kalten Krieges". Es wird Zeit für eine andere Sicherheitspolitik, die auf Verständigung und beiderseitige Sicherheit setzt.

Bernd Hahnfeld (Richter i. R.) ist Vorstandsmitglied bei den Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA)

Im Blick // Büchel vor Gericht

Beilage FreiRaum Nr. 2 / Juni 2016 www.pressehuette.de

Aktionen und Prozesse

Der Rechtsstaat bietet seinen Bürgern die Möglichkeit Gerichte anzurufen, wenn der Staat Unrecht begeht. Doch die Gerichte schaffen nicht immer Abhilfe. Gegen schwerwiegendes Unrecht ist ziviler Ungehorsam ein gebotenes Mittel, um gewaltfrei Abhilfe zu schaffen. Atomwaffen sind ein schwerwiegendes Unrecht. In Büchel wurden über die Jahre verschiedene Aktionsformen durchgeführt. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte haben sie unterschiedlich behandelt. Wir geben hier einen Überblick, was bisher gelaufen ist, als Grundlage für die Weiterentwicklung der Aktionsformen in der Kampagne Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt

Vor dem Amtsgericht in Cochem: Hanna Jaskolsi, Martin Otto, Wolfgang Sternstein, Hermann Theisen. Sie wurden in verschiedenen Prozessen verurteilt wegen ziviler Inspektionen und Verteilen von Flugblättern. Teilweise saßen sie ihre Strafen ab, andere Verurteilungen wurden aufgehoben. [Foto: Pressehütte, wsh, 2004]

Martin Otto (Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen) betreut den Austausch zu den juristischen Folgen der Aktionen. Er zieht folgende Bilanz:

Etliche Male sind Leute angeklagt worden und vor Gericht erschienen, weil sie an gewaltfreien Aktionen aus Protest gegen die Atomwaffen in Büchel teilgenommen hatten. Sieben Aktivist*Innen waren deswegen im Gefängnis, drei von ihnen jeweils zwei Mal. Mindestens 54 Mal gab es rechtskräftige Verurteilungen, aber auch fünf Mal rechtskräftige Freisprüche.

Was alles vors Gericht kam

Angeklagt wurden: das Verbreiten von Flugblättern (19x), Go-Ins auf den Fliegerhorst(9x), das Bewerben von zivilem Ungehorsam auf Homepages (2x), eine Sitzblockade mit Anketten. Aber es gab mindestens 33 Sitzblockaden ohne Anketten. Es wurden deswegen auch etliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Aber die wurden alle eingestellt, bevor es zu Strafbefehlen oder Anklageschriften kommen konnte. Die ersten Prozesse wegen gewaltfreier Go-In-Aktionen gab es Ende der 1990er Jahre. Das kam so: Vor nunmehr 20 Jahren, am 8. Juli 1996, hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH) ein Rechtsgutachten veröffentlicht, in dem festgestellt wurde, dass der Einsatz von Atomwaffen und auch schon die Androhung ihres Einsatzes grundsätzlich völkerrechtswidrig sind. Daraufhin entstand in der "Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen" (GAAA) die Idee, Teams von selbst ernannten „Gerichtsvollzieher*Innen“ des IGH zu bilden, die den Bücheler Militärflughafen „inspizieren“ sollten, um in Erfahrung zu bringen, ob gemäß dem IGH-Spruch der Abzug der Bomben in die Wege geleitet werde. Diese Vorhaben von „zivilen Inspektionen" wurden dem Kommodore des Bücheler Geschwaders per Brief angekündigt: "Wir wollen die genauen Sachverhalte auf dem →

Pressehütte

→ Bundeswehr-Fliegerhorst und auch auf dem von der US-Army kontrollierten Militärareal innerhalb des Geländes erfassen und dokumentieren. Denn das Grundgesetz verpflichtet uns als Bewohner*Innen des Bundesgebiets unmittelbar dazu, für die Einhaltung der Regeln des Völkerrechts zu sorgen."

Inspektionsteams dringen in den Fliegerhorst ein

Nachdem am 19. April 1997 einem ersten „Inspektionsteam" der GAAA, das zuvor seinen Besuch angemeldet hatte, am Haupttor des Fliegerhorsts der Zutritt verwehrt wurde, drangen am folgenden Tag erstmals kleine Gruppen von Aktivist*Innen an verschiedenen Stellen in das Gelände ein, indem sie den Militärzaun überkletterten, unter ihm hindurchkletterten oder ihn aufschnitten und hindurchgingen. Sie waren ausgerüstet mit Kurzfassungen des IGH-Gutachtens, „Inspektor*Innen-Ausweisen", „Amtssiegeln", Dosimetern, Flugblättern sowie Stiften und Papier zum Dokumentieren völkerrechtswidriger Zustände. Wie erwartet konnte das vorgebliche Ziel nicht erreicht werden, sondern alle 19 Aktivist*Innen wurden festgenommen und angezeigt. Ein anderes Ziel der GAAA aber war damit erreicht: Mit dieser Aktion des zivilen Ungehorsams wurde die Abrüstungsforderung sowohl durch das „Herstellen von Öffentlichkeit" als auch durch das Riskieren juristischer Folgen untermauert.

Verurteilungen wegen Hausfriedensbruch

Solche „zivilen Inspektionen" hat es in den folgenden Jahren noch weitere sieben Mal gegeben. Fast alle Teilnehmer*Innen an diesen Go-In-Aktionen wurden wegen „Hausfriedensbruchs", zum Teil auch wegen Sachbeschädigung verurteilt, meistens zu Geldstrafen zwischen 15 und 30 Tagessätzen pro Aktion, aber auch fünf Mal zu Freiheitsstrafen, weil die Betreffenden schon mehrfach vorbestraft waren. Die Strafhöhe betrug zwischen vier und sechs Wochen. Einmal wurden zehn Stunden unentgeltlicher gemeinnütziger Arbeit verhängt. Nur für drei Aktive (alle zum jeweiligen „Tatzeitpunkt„ noch nicht 21 Jahre alt) gab es im Gericht Verfahrenseinstellungen – mit der Auflage, gemeinnützige Arbeit zu leisten: in einem Fall 10 Stunden, in den beiden anderen Fällen je 60 Stunden. Die neunte Go-In-Aktion war keine "zivile Inspektion" und fand auch nicht direkt in Büchel statt, sondern ein paar Kilometer entfernt in der Kaserne von Cochem-Brauheck, wo viele Büchel-Soldat*Innen untergebracht sind: Drei Aktive wurden wegen Hausfriedensbruch angezeigt, aber sie gingen straffrei aus.

Webmaster auf der Anklagebank

Bisher sind drei Leute angeklagt worden, weil sie Aktionen des zivilen Ungehorsams auf Homepages beworben hatten. Zwei Aktive waren 2011 deswegen vor Gericht. Es ging um Büchel-Aktionen vom Sommer 2009; es gab einen Freispruch und eine Verurteilung zu einer Geldstrafe. Ein Dritter ist zur Zeit davon betroffen: am 22. Juni 2016 soll Carsten im Amtsgericht Cochem erscheinen, weil er beschuldigt wird, "Veranstalter" von 22 Sitzblockaden gewesen zu sein, die im Frühjahr 2015 im Rahmen von "büchel65" stattgefunden haben.

Das Verfassungsgericht drückt sich

Im Bundesverfassungsgericht wurde übrigens noch nicht wegen Aktionen in Büchel verhandelt, obwohl schon drei Mal Verfassungsbeschwerden durch rechtskräftig verurteilte Go-In-Aktivist*Innen eingelegt wurden. Jedes Mal entschied "Karlsruhe", sich wegen mangelnder Erfolgsaussichten inhaltlich nicht mit den Beschwerden befassen zu wollen.

Ebenso erging es einem anderen Aktivisten, der schon vor seiner Verurteilung eine Verfassungsbeschwerde gegen einen rechtskräftigen Beschluss eingelegt hatte. Mit dem Beschluss war die Beschlagnahme seiner Flugblätter für rechtmäßig befunden worden.

Eine fünfte Verfassungsbeschwerde liegt derzeit in Karlsruhe vor. Hierbei geht es um die Klage von Elke Koller, die in der Nähe von Büchel lebt, gegen die Bundesrepublik. Damit soll der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland erzwungen werden. Die Klage wurde sowohl vom Verwaltungs- wie auch vom Oberverwaltungsgericht als unzulässig abgewiesen.

Wer mehr zum Thema „Büchel und Justiz" lesen will, sehe sich diese Internetseiten an:

→ **www.gaaa.org**
unter > Chronik und > Aktuelles

→ **www.buechel-atomwaffenfrei**
unter > Hintergrund > Chronik

Mit Flugblättern gegen Atomwaffen: Hermann Theisen macht Schlagzeilen, weil er wegen seiner Flugblätter immer wieder angeklagt, verurteilt und freigesprochen wird

Um gegen Atomwaffen zu protestieren, gibt es vielfältige Aktionsformen, eine davon ist das Verteilen von Flugblättern oder besser gesagt von „Aufrufen zum Ungehorsam." Solche Aufrufe beschäftigen seit vielen Jahrzehnten Gerichte in ganz Deutschland. Sie umfassen Konfliktszenarien, in denen Vertreter oppositioneller Gruppen wie auch einzelne Bürger im Protest gegen umstrittene staatliche Vorhaben zu demonstrativem Widerstand oder Verweigerungsverhalten aufrufen. Prominente Beispiele dafür waren die Aufrufe gegen die Volkszählung, gegen die Bundeswehrbeteiligung am Kosovo-Krieg oder zur Teilnahme an Sitzblockaden vor Atomwaffenlagern in den 1980er Jahren.

Aufruf zur Befehlsverweigerung

2004 wurden die Soldaten des Fliegerhorsts Büchel mit meinen Flugblättern aufgefordert, ihre Befehle zu verweigern, die in Verbindung mit einem möglichen Einsatz jener Atomwaffen stehen, die auf dem Fliegerhorst gelagert sind. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ließ die Flugblätter beschlagnahmen und erwirkte Anklagen vor dem Amtsgericht Cochem. Dort kam es zu Verurteilungen zu Geld- und Haftstrafen wegen Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) in Verbindung mit Verstößen gegen das Wehrstrafgesetz. Das Landgericht Koblenz sprach dann unter Berufung auf Art. 5 GG (Meinungsfreiheit) frei, worauf die Staatsanwaltschaft Koblenz Revision gegen das Urteil einlegte. Nach dem Freispruch ließ die Staatsanwaltschaft Koblenz eine Hausdurchsuchung bei mir durchführen, die später vom Landgericht Heidelberg als rechtswidrig erklärt worden ist. Im September 2005 verwarf das Oberlandesgericht Koblenz die Revision der Staatsanwaltschaft, womit der Freispruch des Landgerichts rechtskräftig wurde.

Zwischenruf

Prima!

Die Staatsanwaltschaft Koblenz will wieder Geschichte schreiben. Schon in den 80ern hat sie sich einen Namen gemacht als besonders fleißige Staatsanwaltschaft, wenn es um Friedensaktivist*Innen ging. Damals war es ein als cholerisch geltender, breitschultriger und filmreifer Staatsanwalt. Und heute? Ich weiß es nicht, aber die Wahrscheinlichkeitsrechnung sagt mir: Heute sind auch die Anklagevertreter in Koblenz jung und smart, aber nicht weniger erpicht auf möglichst viele erfolgreich abgeschlossene Ermittlungsverfahren. Schließlich will mensch Karriere machen. Da passt es möglicherweise auch gut, sich um den Schutz der atomaren Verteidigung verdient zu machen.

Aber auch Staatswält*Innen wollen dabei nicht zu viel Arbeit haben, also konzentrieren sie sich auf einige wenige. Auf die vermuteten „Köpfe", was auch große Unkenntnis darüber verrät, wie Gewaltfreie Bewegung funktioniert oder funktionieren sollte. Der Idealfall wäre ja, dass auf eine*n Verurteilte*n zwei oder mehr Aktivist*Innen kommen, die Verantwortung übernehmen. Die Zeiten, in denen das halbwegs funktionierte, scheinen vorbei. Zum Verantwortung übernehmen gehört auch, Risiken einzugehen und mutig, nicht zaghaft voran zu schreiten. Dazu gehört aber auch, Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten und letztlich auch Verantwortung weitergeben zu können, auch wenn es Andere vielleicht anders machen.

Zu verbessern!

In diesem Zusammenhang sollten wir uns fragen – und hier beziehe mich selber mit ein – ob wir in den vergangenen Jahren nicht zu sehr Erfahrungen und Kenntnisse vermittelt haben, wie wir ohne als lästig empfundene Verurteilungen unsere Aktionen und Prozesse durchführen können. Haben wir zu wenig darüber gesprochen, wie uns die Bewegung über die Aktion hinaus auch im Lebensalltag trägt? Gerade wenn Aktionen kein Urlaub vom sonstigen Leben sind, sondern integraler Teil desselben, sollten wir das wieder mehr tun.

Dass wir dabei alle Acht geben müssen, nicht als Einzelkämpfer unter die Räder der Mühlen der Justiz zu geraten, ist mehr als nur eine Binsenweisheit. Whistleblower haben es dabei besonders schwer, weil sie kaum eine nicht-hierarchische Bezugsgruppe für die Aktion bilden können. Menschen, die Whistleblower konkret und ausdauernd

ermuntern, sollten allerdings auch nicht allein bleiben. Ihre Taten müssen von der Staatsanwaltschaft sehr ernst genommen werden, jedenfalls, wenn sie sich und ihre Aufgabe ernst nimmt. Eine Gesellschaft braucht solche Aktivist*Innen, Vater Staat aber muss solche Menschen fürchten. **Wer aber fürchtet sich mehr vor dem Anderen?** [Holger Isabelle Jänicke]

Aufruf zur Sitzblockade

2012 wurde eine Musikblockade vor dem Fliegerhorst Büchel durchgeführt. In Anlehnung an einen Blockadeaufruf von 1988, mit dem zur Blockade des Atomwaffenlagers Hasselbach aufgerufen worden ist, entwarf ich einen Aufruf zur Blockade des Atomwaffenlagers Büchel und verteilte diesen mehrfach am Fliegerhorst Büchel und vor dem Hauptbahnhof in Koblenz. Der Aufruf wurde beschlagnahmt und es erging ein Verteilverbot, welches daraufhin vom Verwaltungsgericht Koblenz als rechtswidrig erklärt worden ist. Das Amtsgericht Koblenz verurteile dennoch zu einer Geldstrafe wegen Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, da nach der sogenannten 2. Reihe-Rechtsprechung Sitzblockaden wieder strafbar seien. Auf meinen Hinweis, dass ich wegen eines solchen Aufrufs bereits 30 Jahre zuvor verurteilt worden und in Erzwingungshaft genommen worden bin, dieses Urteil aber später als verfassungswidrig erklärte worden ist, erklärte die verurteilende Richterin, dass sich inzwischen die Rechtsprechung eben wieder geändert habe. Das Landgericht Koblenz sprach dann aber erneut wegen Meinungsfreiheit frei, worauf die Staatsanwaltschaft Koblenz wieder Revision einlegte, die wiederum vom Oberlandesgericht Koblenz verworfen worden ist.

Aufruf zum Geheimnisverrat

2013, 2014 und 2015 wurden die Soldaten des Fliegerhorsts Büchel mit meinen Flugblättern aufgefordert, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der geplanten Modernisierung der in Büchel gelagerten Atomwaffen zu informieren. Der Anlass für diese Flugblattaktionen war, dass durch Äußerungen von Wolfgang Brauksiepe (Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium) erstmals offiziell bestätigt wurde, dass es zu einer Atomwaffenmodernisierung kommen wird. Die Flugblätter konstatierten, dass die Zivilgesellschaft einen Anspruch darauf habe, über die Atomwaffenmodernisierung informiert zu werden, da es sich dabei um ein Thema handele, welches die Allgemeinheit ganz wesentlich berühre.

Deshalb habe hier das Geheimhaltungsbedürfnis des Militärs zurückzutreten. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ließ die Flugblätter beschlagnahmen, es erging wieder ein Verteilverbot und einmal wurden gar Briefe mit Flugblättern vernichtet, die an Kommunalpolitiker verschickt worden sind. Das Verwaltungsgericht Koblenz erklärte das Verteilverbot und die Vernichtung der Flugblätter für rechtswidrig, während das Amtsgericht Cochem zweimal zu Geldstrafen verurteilte, weil mit den Flugblättern zum Verrat von Dienstgeheimnissen aufgefordert worden sei (§§ 111,353b StGB). Gegen eines der Urteile legte auch die Staatsanwaltschaft Koblenz Berufung ein und fordert darin die Verhängung einer Haftstrafe. Oberst Radmann (Kommodore des Fliegerhorsts) und Oberstleutnant Bold (Rechtsabteilung im Bundesverteidigungsministerium) haben im April 2016 Strafanzeige gegen mich erstattet. In der Strafanzeige von Oberstleutnant Bold, die über das Landeskriminalamt Mainz zur Staatsanwaltschaft Koblenz gelangte, ist die Rede von „wehrzersetzenden Flugblättern." Das Landgericht hat die beiden Berufungsverfahren von 2014und 2015 zusammengezogen. Ich habe beide Male Berufung eingelegt. Gegen das Urteil 2015 auch die Staatsanwaltschaft, weil sie eine Freiheitsstatt einer Geldstrafe für angemessen hält.

Termin Landgericht Koblenz

Dienstag, 12. 07. 2016, 13:30 Uhr,
Sitzungssaal 49/EG, Karmeliterstr. 14.

Kontaktmöglichkeit für Rückfragen
hermann.theisen@t-online.de

Die einzige Gerichtsverhandlung zu büchel65 findet statt beim Amtsgericht Cochem, 22. 06. um 9 Uhr im Sitzungssaal 100, I. OG

Wir wollen und ein neues Zeichen gegen die Atomwaffen setzen und laden Euch ein: Am Tag der Gerichtsverhandlung werden wir morgens erneut die Zufahrt zum Fliegerhorst blockieren. Mit der Blockade wollen wir zeigen: Wir sind im Recht und wir lassen uns nicht einschüchtern!

Wir treffen uns am Vorabend des 21. 6. Widerständige Grüße, für eine atomwaffenfreie Welt – Carsten, Elu, Falko, Johanna, Katja, Martin, Matthias (büchel65-Orgateam)

Anmeldungen per Mail an
info.buechel65@buechel-atomwaffenfrei.de

Unrecht überwinden!

Die Beendigung des bestehenden Unrechts ist Ziel gewaltfreien Handelns. Der Dialog mit Entscheidungsträgern ist das Mittel. Wird dieser verweigert oder führen Gespräche zu keinen Änderungen wird der Dialog in die Öffentlichkeit verlegt. Demonstrationen und ziviler Ungehorsam dramatisieren das Unrecht. Zu Aktionen zivilen Ungehorsams gehören die juristischen Prozesse als zweiter Aktionsteil.

Für die Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" in Mutlangen war die Prozesswelle vor dem Gmünder Amtsgericht und dem Ellwanger Landgericht, die bis zum OLG Stuttgart und zum Bundesverfassungsgericht führte, ein entscheidendes Mobilisierungselement und Mittel, die öffentliche Diskussion zu erreichen.

In Büchel gibt es noch keine Prozesswelle. Es gibt noch keinen dauerhaften zivilen Ungehorsam mit großen Teilnehmerzahlen. Doch dort wo viele kamen, wie bei der 24-Stundenblockade oder bei büchel65, wird von der Polizei und Justiz eine Prozesswelle vermieden, in dem sie Blockaden tolerieren oder nicht zulassen und die Aktivisten vorher in Gewahrsam nehmen, wie bei büchel65. Auf der anderen Seite werden Prozesse wegen Flugblattverteilens und Informationsverbreitung im Internet mit Akribie betrieben. Hier glaubt die Justiz wohl an die Abschreckungswirkung von Strafen und hofft, andere vom Engagement abhalten zu können.

Doch in Büchel stehen wir vor einer neuen Runde der nuklearen Aufrüstung: Nicht die Erhöhung der Zahlen, sondern der qualitative Sprung, die technische Aufrüstung der Atombomben drohen. Dieses Unrecht dürfen wir nicht hinnehmen. Eine Steigerung des Widerstandes ist nötig. Auch die Gerichtssäle in Cochem, Koblenz und anderswo müssen zu Orten der Auseinandersetzung um das Unrecht der Atombomben in der Eifel werden, welche die Politik drängen, die Aufrüstungspläne zu stoppen und alle Atomwaffen zu verbieten. [wsh]

Informationen für Aktivisten zum Versammlungsrecht, zu Ordnungswidrigkeits- und Strafverfahren bieten:

Rechtshilfe für Gewaltfreie Aktionen
Rechtshilfebüro, Holger Isabelle Jänicke
Tel. 040-23518307 oder 0170-7565451
E-Mail: info@rechtshilfebuero.de
Internet: www.rechtshilfebuero.de

Austausch über juristische Folgen der GAAA
Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar
E-Mail: jur.folgen@gaaa.org
Internet: www.gaaa.org

Aktivist*Innen werden vor, während und nach GAAA-Aktionen des zivilen Ungehorsams, zum Beispiel in Büchel, unterstützt. **Spenden für Prozesskostenhilfe und „legale Strafvereitelung" können überwiesen werden auf das Konto der GAAA: IBAN: DE57 4306 0967 8019 1512 00, bitte das Stichwort „Rechtshilfe" angeben.** Spenden an die GAAA können nicht von der Steuer abgesetzt werden.

»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins *»FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«*, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen Versöhnung (www.versoehnungsbund.de) und Spinnrad (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto
Friedenswerkstatt Mutlangen e. V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPDE6AXXX
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!

20 Bomben – 20 Wochen
Erste Eindrücke von der Aktionspräsenz

Am 26. März startete die neue Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt!" Sie wird solange dauern, bis die Atombomben aus Büchel abgezogen sind. Kernstück sind die Selbstverpflichtungen zu Aktionen vor Ort in Büchel und zu Hause, wie an Orten politischer Entscheidungen. Die Aktionspräsenz „20 Wochen - 20 Bomben" ist der erste Schritt im Rahmen dieser Kampagne. In der Pressehütte sammeln wir die Selbstverpflichtungen und Solidaritätserklärungen. Marion Küpker ist die meiste Zeit vor Ort, Ernst Ludwig Iskenius häufig und Elke Koller wohnt in der Nähe. Wir ziehen für den FreiRaum eine erste Bilanz.

Vielfältige Aktionsformen: Geburtstagsfeier, Kostümierung und Symbole für die Friedenswiese *Fotos: Aktionspäsenz*

Marion Küpker

Die zwanzigwöchige Aktionspräsenz begann am Haupttor mit acht Personen in kleiner Runde Wir stellten eine große Wandtafel mit unserem neuen Kampagnenlogo auf. Am Ostermontag marschierten 150 Menschen durch den strömenden Regen. Das Fahrradkino startete im Anschluss, um auf dem Weg nach Ramstein mit Filmvorführungen über die Tötungen durch Drohnen zu informieren. In der ersten Woche wurden täglich von 14-17 Uhr Mahnwachen abgehalten und „nebenbei" haben wir das Büro in unserem Tagungshaus eingerichtet. Auf der Friedenswiese haben wird Transparente fest installiert und ein Blumenbeet begonnen. Ein rollstuhlgerechtes WC wurde aufgestellt. Bei der Versammlungsbehörde haben wir eine Dauermahnwache von 6 Uhr früh bis 18 Uhr abends für den Zeitraum bis zum 9. August angemeldet. Sie gilt für den Verkehrskreiselbereich, aber explizit nicht für die Fahrbahn, die gerne für Blockaden genutzt werden darf.

Die zweite Kalenderwoche übernahmen spontan die „Friedensfreund*Innen", eine Gruppe von Menschen aus der Region. Am 8. April kam eine Frauendelegation Codepink aus den USA, die eine große pinke Drohne auf der Friedenswiese verankerte. Ein Soldat kam vors Tor, und fragte, was wir denn in Büchel wollten, wo es dort doch keine Drohnen gäbe. Ann Wright, die selbst in der USA als Colonel „gedient" hatte, entgegnete, dass im Krieg die Waffeneinsätze koordiniert werden, sodass es falsch wäre diese vereinzelt zu betrachten.

Weitere Mahnwachen folgten in einer eher sehr nassen Aprilzeit u.a. vom Friedensbündnis aus Esslingen und der DFG-VK Baden-Württemberg, die ein großes zerbrochenes Gewehr an den Zaun auf der Friedenswiese anbrachte. Bei eisigen Schnee- und Hagelschauern feierten zehn hartgesottene Menschen mit Annegret Geburtstag. Aber jetzt darf es endlich frühlings-sommerlich warm werden!

Am 1. Mai ist es hier in der Eifelregion Brauch, in der Nacht alles zu klauen was nicht niet- und nagelfest ist. So verschwand in der Nacht auch unsere pinke Drohne. Wir nahmen es mit Humor. In der Zeitung und mit Vermisstenaushängen machten wir auf unsere in der Walpurgisnacht entflogene Drone aufmerksam und stellten als Finderlohn ein Codepink T-Shirt in Aussicht.

Die kommenden Monate werden entscheidend dafür sein, wie wir eine zukünftige Präsenz mit vielen gewaltfreien Aktionen inklusive nach August 2016 gestalten, weshalb die Sammlung weiterer Selbstverpflichtungserklärungen in den kommenden Monaten zusätzlich eine große Bedeutung hat.

Ernst Ludwig Iskenisus

Ich bin bisher drei Mal für jeweils bis zu fünf Tage in Büchel gewesen. Vor Ort ist man eigentlich nur zu den Mahnwachen präsent. Diese finden meist in den Nachmittagsstunden statt, bis der Berufsverkehr herausgefahren ist. Botschaften und Forderungen können nur über Transparente vermittelt werden. Diese werden aber im Vorbeifahren registriert. Sie werden neugierig gelesen, insbesondere wenn ein neues Transparent auftaucht. Ansonsten kann man nur an entsprechenden Körpersprachen ahnen, was in den Köpfen der dort beschäftigten Soldaten vor sich geht. Eins ist sicher klar: eine nicht unbedeutende Zahl der Soldaten finden offensichtlich unsere Aktionen →

Ostermarsch und das Kampagnen-Logo auf der Friedenswiese

Fotos: Aktionspräsenz

→ und Forderungen richtig, manchmal verschämt, manchmal recht offen zeigen sie uns ihre Sympathie durch ein entsprechendes Fingerzeichen. Ein Teil der Soldaten sitzt aber mit versteinerten Minen hinter ihrem Steuer. Ob sie sich trotzdem durch unsere Präsenz anregen lassen? Gerne würde ich ein entsprechendes Gespräch führen, einfach um zu wissen, welchen Eindruck die Präsenz auf sie macht und ob es einen Effekt hat, jeden Tag an den unangenehmen Transparenten vorbeifahren zu müssen.

Auch die Reaktionen der zahlreich vorbeifahrenden Zivilisten zeigen das ganze Spektrum von Ablehnung bis offener Zustimmung. Aber niemand hält an, um sich genauere Informationen zu holen. Soweit geht das Interesse an dieser eher abstrakten Bedrohung doch nicht.

Wenn man also allein oder zu zweit dort steht, ist dieses eine große Herausforderung und steht diametral dem entgegen, was wir sonst in den meisten Fällen in unserer politischen Arbeit tun: Aufklären, diskutierten, Gespräche führen, durch Aktionen zum Nachdenken anregen, Kommunikation. Meist erntet man dafür direkte Reaktionen. Hier bleibt es unsicher, welchen Effekt wir mit unserer Präsenz haben. Ist es der lange Atem? Ist es die Beständigkeit? Ist es die ständige Wiederholung? Ich weiß es nicht. Manchmal ist es schwierig auszuhalten, nicht allein wegen des kalten Wetters, sondern: Gibt es nicht etwas Dringenderes als nur dort vor dem Tor stumm zu stehen? Das kann schon mal zu einer inneren Zerreißprobe führen.

Der Widerstand in den ersten sechs Wochen ist hier vor Ort kaum zu spüren. Wir sind noch weit von unserem Ziel entfernt, Büchel zum Symbolort des Widerstandes gegen das Unrecht, das von Atomwaffen ausgeht, zu machen. Die atomare Bedrohung ist in nur wenigen Köpfen präsent, sie ist keine Alltagssorge und die gefährliche atomare Aufrüstungsspirale durch die sogenannte Modernisierung hat selbst eingefleischte Friedensbewegte noch nicht erreicht. Reicht da Aufklärung, Information und Präsenz vor Ort aus? Noch fehlen die entsprechenden Bilder für die neuen sozialen Medien und schließlich für die Presse, um die atomare Bedrohung als politisches und gesellschaftliches Konfliktfeld in unsere Gesellschaft einzuführen.

Ich vermisse kleinere und größere Gruppen, die durch eigenständige Aktionen mit einer Regelübertretung (zivilem Ungehorsam) zumindest gespaltene Emotionen hervorrufen können.

Der Kalender mit den Ankündigungen von Gruppen füllt sich. Das ist gut so. Mehr Menschen, mehr Gruppen, mehr Freundeskreise sollten angesprochen werden. Nicht aus politischer Pflicht, sondern um neue gute Erfahrungen machen zu können, um nicht in politische Ohnmacht und Resignation verfallen zu müssen, das wäre die Zielvorgabe. Unklar ist, wieviel davon zivilen Ungehorsam leisten und leisten wollen. Wir werden allerdings den gesellschaftlichen Druck nur erhöhen können, wenn es uns gelingt, Bilder zu verbreiten, die zeigen, dass es sich lohnt und auch Spaß macht, gemeinsam Widerstand zu leisten, Bilder, die ansteckend wirken, die geradezu zum Mitmachen provozieren.

Elke Koller

Kann es sein, dass ich in den 20 Jahren, die ich immer wieder in Büchel aus Protest vor dem Tor stehe, zu geduldig geworden bin? Denn immer noch und immer wieder stelle ich mich beharrlich vors Tor –am liebsten alleine, weil das die Vorbeifahrenden doch sehr irritiert und hoffentlich zum Nachdenken bringt. Immerhin entsteht mit der Friedenswiese nun ein dauerhaftes Zeichen des Protestes! Und ich frage mich, warum haben wir nicht schon früher diese tolle Idee gehabt? Nach anfänglicher Skepsis, ob nicht der Platz zu chaotisch wirkt, muss ich meine Vorbehalte revidieren. Die Mischung aus bunten Bannern und viel grüner Natur wirkt optimistisch und macht Mut! Auch die Drohne ist wieder da, ihre „Entführung" war wohl nur ein „dummer Jungenstreich" zur Hexennacht, ein Brauch, der in der Eifel immer noch sehr gepflegt wird. Und das Symbol der DFG-VK – ein zerbrochenes Gewehr- ist weithin sichtbar, eine Pacefahne flattert dauerhaft im Wind...

Das alles vermittelt den vorbeifahrenden Touristen, den Soldaten und auch den Einheimischen: Eine andere Welt ist möglich ! Wir lassen uns nicht erdrücken von Militär und Gewalt!

Gerade wieder hat die Friedengruppe aus Köln demonstriert. Und obwohl ich immer der Meinung war, dass nur der Protest von vielen, vielen Menschen die Politiker zum Umdenken bringt, muss ich sagen, dass diese Beharrlichkeit auch der Wenigen sehr beeindruckend ist.

Zum Schluss noch ein paar Zeilen, die mir am Tor eingefallen sind, wenn die Soldaten zu Hunderten heimfahren:

Hey Soldat, gib mal acht,
was die Politik so mit Dir macht,
schickt Dich zum Einsatz in den Krieg
ohne Sinn und ohne Sieg -
und Dein täglich Brot ist der Tod !

Hey Soldat, gib mal acht,
was die Wirtschaft mit Dir macht,
verkauft Waffen an die ganze Welt
aus Profitgier , für viel Geld –
doch Dein täglich Brot ist der Tod !

Hey Soldat, gib mal acht,
was Dein Leben mit Dir macht,
der kalte Krieg, der wird schon heiß
und sein (Dein) Ende keiner weiß
denn Dein täglich Brot ist der Tod!

Peter Seyfried wurde 1986 als Nachfolger von Heinz Hartmann zum Bürgermeister von Mutlangen gewählt. Seine Amtseinsetzung fand wenige Tage nach Bekanntwerden der Reaktorkatstrophe von Tschernobyl statt. Viele ließen deshalb den Salat, den es beim anschließenden Essen als Beilage gab, zurückgehen.

Was der Bürgermeisterwechsel für die Pressehütte bedeuten würde war nicht klar. Einerseits hatte Peter Seyfried bei der freiwilligen Feuerwehr einen Spruch losgelassen, der ihm heftigen Argwohn entgegen brachte: Wenn es in der Pressehütte brenne, sollten die Feuerwehrmänner sich erst duschen, bevor sie zum Einsatz kommen. Andererseits hatte er die Leute aus der Pressehütte im Rathaus Merklingen, wo er zuvor Bürgermeister war, Flugblätter umsonst kopieren lassen, damit die Bevölkerung informiert werden konnte, dass

In Mutlangen endet nach 30 Jahren eine Ära – Bürgermeister Seyfried geht in den Ruhestand

Pershing II Atomraketen im „Bombenwäldle“ stehen. Damals konnte noch keiner ahnen, dass dem Mutlanger Bürgermeister das Thema Abschaffung der Atomwaffen ans Herz wächst. Bei seiner Verabschiedung im Mutlanger Forum erwähnten alle Redner, dass in seine Amtszeit die Blockaden gegen die Atomwaffen und der Abzug der Pershing II gefallen sind und die Spannungen in der Bevölkerung zu bewältigen eine schwierige Aufgabe gewesen sei. Er wurde gelobt, dass er nach dem Abzug das Neubaugebiet auf dem ehemaligen Stationierungsgelände ermöglichte. Doch unerwähnt blieb, wie sehr er sich als Mayor for Peace für die weltweite Verschrottung der Atomwaffen engagiert.

Er hat sich dafür eingesetzt, dass im Neubaugebiet ein Geschichtspfad an die militärische Nutzung der Mutlanger Heide - von den Römern bis zu den Amerikanern - erinnert. Er warb unter seinen Amtskollegen für den Beitritt zu Mayors for Peace, so dass im Ostalbkreis die Hälfte der Bürgermeister und der Landrat Mitglied wurden. Er besuchte uns immer wieder in der Pressehütte. Er unterzeichnete Resolutionen. Er fuhr nach Berlin und demonstrierte in Büchel.

Zum Abschied überreichten wir ihm deshalb einen Ginkgo. Wir haben diesen aus einem Samen gezogen, der von einem Baum aus Hiroshima stammt, der den Atomwaffenabwurf überlebt hat. Er wird zunächst in seinem Garten wachsen, um dann wenn er groß genug ist, als Zeichen der Hoffnung einen öffentlichen Platz in Mutlangen zu finden. **Wir sind dankbar für die Unterstützung, die wir durch Peter Seyfried erhalten haben. Wir wünschen ihm für seinen Ruhestand alles Gute und hoffen, dass er mit uns sein Engagement für eine Welt ohne Atomwaffen weiter fortsetzt.**

[Wolfgang Schlupp-Hauck
Fotos: Pressehütte]

Pressehütte

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte – FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Graphic Design
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

Berlin – Büchel: Internationales Workcamp und Fastenkampagne

Vom 25. Juli bis zum 10. August laden der Internationale Versöhnungsbund –Deutscher Zweig und die Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren zu einem internationalen Workcamp ein. Es startet in der Hauptstadt Berlin und endet am Atomwaffenstandort Büchel. Mit Straßentheater und Kunstaktionen begleitet das Workcamp die Fastenkampagne für eine Welt ohne Atomwaffen.

Gesucht

- **Junge Menschen, die Freude am gemeinsamen Engagement haben**
- **Paten, die Reise- und Aktionskosten für die jungen Menschen übernehmen**
- **Unterstützer, die bei den Aktionen in Berlin und Büchel mit machen**

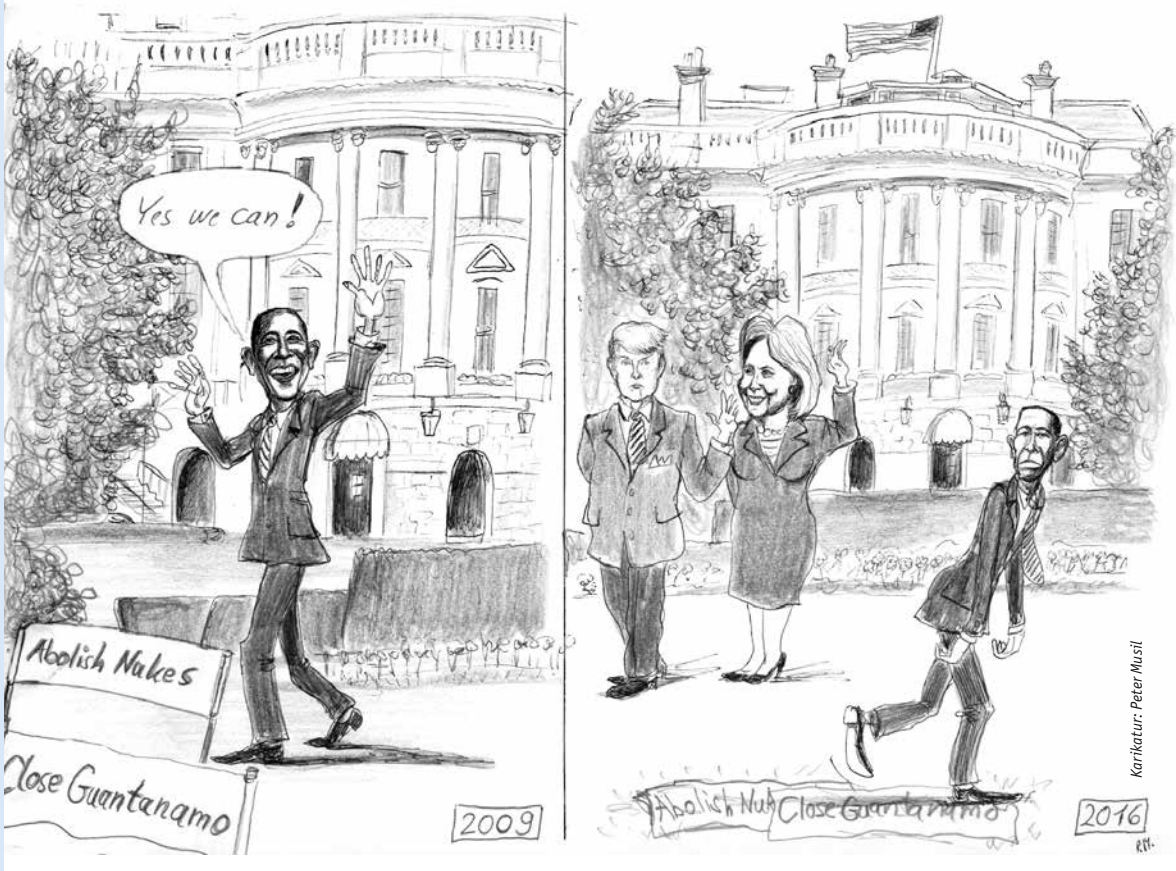
Weitere Informationen zum Fasten und dem Workcamp sind zu finden auf:
www.fastenkampagne.global-zero-now.de
oder melde Dich /melden Sie sich unter
redaktion@pressehuette.de
oder **Telefon (0 71 71) 18 20 58**

Die Fastenaktion dauert jedes Jahr einen Tag länger. Sie endet immer am 9. August, dem Nagasaki-Tag. In diesem Jahr beginnt sie am 30. Juli. Die Tage in Büchel bilden dem Abschluss der Aktionsperiode 20 Bomben 20 Wochen.

Büchel vor Gericht

Mittwoch, 22. Juni 2016
Termin Amtsgericht Cochem:
Verhandlung gegen Carsten Orth, Verstoß gegen Versammlungsgesetz wegen Homepage büchel65,
Kontaktmöglichkeit für Rückfragen:
carsten@comm-ev.de

Dienstag, 12. Juli 2016, 13:30 Uhr
Termin Landgericht Koblenz,
Sitzungssaal 49/EG, Karmeliterstr. 14
Berufungsverhandlung Hermann Theisen, Aufforderung zu Straftaten wegen Flugblatt an Soldaten
Kontaktmöglichkeit für Rückfragen:
hermann.theisen@t-online.de



Karikatur: Peter Musil